

# **#SOZIALSTARK STATT KLASSENKAMPF VON OBEN**

Leitantrag der Landeskonferenz der Jusos Bayern  
einstimmig beschlossen am 17.04.2026

## **Ein Gespenst geht um in Deutschland**

Zwei Familien in Deutschland besitzen mehr Vermögen als die ärmere Hälfte der Gesellschaft. Zwei fucking Familien besitzen mehr Vermögen als mehr als 40 Millionen Menschen.

Und gleichzeitig wird die schlechte wirtschaftliche Lage in Deutschland genutzt, um den Sozialstaat anzugreifen. Die Märchen, dass wir alle den Gürtel enger schnallen müssen, sie werden wieder rauf und runter erzählt.

Während zwei Familien gemütlich am Tisch sitzen und ungestört mehr als die Hälfte des Kuchens genießen, werden mehr als 40 Millionen Menschen ein paar kleine Krümel zugeworfen, um die sie sich prügeln müssen.

Es stimmt, dass die öffentlichen Haushalte zunehmend unter Druck stehen. Es stimmt, dass die wirtschaftliche Lage schlecht ist und die Energiepreise zu hoch sind, und Unternehmen in Deutschland Wettbewerbsnachteile gegenüber dem europäischen und internationalen Ausland haben. Es stimmt, dass vor uns ein gesellschaftlicher Kraftakt liegt.

Aber es ist nicht richtig, dass dieser Kraftakt von den Arbeitnehmer\*innen getragen werden soll. Im Gegenteil: Wir erwarten, dass auch Arbeitgeber\*innen konsequent in Verantwortung genommen werden. Die gesamtgesellschaftlichen Herausforderungen, vor denen wir stehen, sind nicht von den Beschäftigten verursacht worden – und sie dürfen auch nicht einseitig von ihnen bezahlt werden. Wer überproportional von unserer Wirtschaftsordnung profitiert, muss sich auch überproportional an ihrer Stabilisierung beteiligen. Aufgaben, die uns alle betreffen, müssen solidarisch gelöst werden.

Angriffe auf den Sozialstaat und Mehrbelastungen für Arbeitnehmer\*innen werden mit Zwangsläufigkeiten und scheinbaren Notwendigkeiten verargumentiert, die sich bei genauerem Hinsehen als unwahr und unvollständig entpuppen. Wir stellen uns diesen Märchen entgegen und betonen: Wir wollen eine Gesellschaft, die #sozialstark aufgestellt ist.

Landauf, landab wird davon gesprochen, dass die Sozialsysteme reformiert werden müssen.. Das sehen wir genauso: Der Sozialstaat braucht dringend ein Update. Reformen dürfen aber nicht gleichbedeutend sein mit einseitigen Belastungen für die niedrigen Einkommen und Vermögen Sie müssen immer dem Ziel dienen, mehr Gerechtigkeit zu schaffen und aktiv von oben nach unten umzuverteilen.

Schluss mit dem Kampf um die Krümel! Wir wollen den ganzen Kuchen! Wir wollen die ganze Bäckerei!

## **Der Konflikt verläuft nicht zwischen jung und alt – sondern zwischen den 95% und den Überreichen**

In der Rentendebatte wurde versucht, die Oma knallhart gegen den Enkel auszuspielen. Weil das umlagefinanzierte Rentensystem angeblich nicht mehr finanzierbar wäre, wurde versucht, de facto Rentenkürzungen durchzusetzen und das so zu verkaufen, als wäre es im Interesse der „jungen Generation“.

Aber die Zukunft des Rentensystems ist insbesondere für die junge Generation entscheidend. Im westeuropäischen Vergleich sind sowohl Rentenniveau als auch Beitragshöhe in Deutschland gering. Die durchschnittliche Rente liegt nur knapp 100€ oberhalb des Armutsniveaus. Wenn sichergestellt werden soll, dass auch junge Menschen später einmal von ihrer Rente leben können, ist klar: Das Rentenniveau darf auf keinen Fall sinken! Gleichzeitig müssen insbesondere kleinere Renten steigen, wenn wir Armut effektiv verhindern wollen. Generationengerechtigkeit heißt für uns auch, dass die Höhe der Rentenbeiträge in einem gerechten Verhältnis zur Höhe der zu erwartenden Renten stehen müssen. Mit Beginn der 2030er Jahre wird die Rentenversicherung für eine begrenzte Zeit einer starken Belastung unterzogen, weil mit der außergewöhnlich großen Babyboomer-Generation, die gleichzeitig selbst wenig Nachkommen hatte, die Rentenversicherung etwa zehn Jahre lang einer starken Belastungsprobe unterzogen wird. Dies legt systematische Schwächen der Rentenversicherung offen und muss Anlass sein, die gesetzliche Rente durch strukturell ohnehin erforderliche Reformen zu stärken und damit armutsfeste und Lebensstandard sichernde Renten sowohl für diejenigen sicherzustellen, die in den nächsten Jahren in Rente gehen, ebenso wie für die junge Generation.

Der Konflikt bei der Rente verläuft nicht zwischen jung und alt. Von einer stabilen und garantierten Rente profitieren die, die heute und die, die in 40 Jahren Rente beziehen.

Unsere Position ist eindeutig:

- Um die demographischen Herausforderungen zu lösen, wollen wir nicht nur Arbeitnehmer\*innen und ihre Löhne in die Rentenversicherung einbeziehen. Die Produktivität und die Arbeitskraft der Arbeitnehmer\*innen bemisst sich vor allem auch an der Wertschöpfung und am Gewinn eines Unternehmens. Zukünftig soll stärker pro Wertschöpfung und weniger pro Kopf in die Rentenversicherung einbezahlt werden.
- Alle Einkommensarten müssen gleich behandelt werden. Es ist nicht vermittelbar, wieso auf Erwerbseinkommen mehr Abgaben bezahlt werden müssen als auf Kapitaleinkommen. Leistungsgerechtigkeit würde bedeuten, Arbeitseinkommen zu entlasten, passive und leistungslose Einkommen wie Renditen zu belasten.

## **Der Konflikt verläuft nicht zwischen denen die arbeiten und denen die nicht arbeiten können – sondern zwischen den 95% und den Überreichen**

Die Reform des Bürger\*innengelds zur neuen Grundsicherung ist eine Kapitulation der SPD vor der gewaltigen Diskursverschiebung der letzten Jahre. Wir müssen uns ehrlich machen, dass auch in unserer eigenen Partei die ideologische Grundlage verloren gegangen ist, dass eine starke Grundsicherung vor allem auch denjenigen hilft, die mit harten Arbeitsbedingungen zu kämpfen haben.

Aktuell werden Facharbeiter und Menschen mit niedrigen Einkommen knallhart gegen diejenigen gestellt, die ihre Arbeit verloren haben und in die Grundsicherung rutschen. Dabei stärkte eine verlässliche und gute Grundsicherung auch die Verhandlungsposition von Arbeitnehmer\*innen und Gewerkschaften in Tarifverhandlungen. Wenn man nicht gezwungen ist, irgendeinen Job anzunehmen, kämpft es sich leichter für bessere Arbeitsbedingungen.

Durch das Hochziehen einzelner Fälle, in denen Leistungsbetrug stattfindet und unberechtigterweise Leistungen bezogen werden, wurden massiv Vorbehalte, ja fast schon Hass auf Bürger\*innengeldempfänger geschürt. Diese Praktik, Solidarität zu spalten, um dann auf die Schwächsten in der Gesellschaft draufzuhauen, darf sich nicht weiter durchsetzen.

Auch viele progressive Gruppen haben den Kampf um die existenzsichernde und sanktionsfreie Grundsicherung aufgegeben. Es ist nachvollziehbar, dass man keine Kraft findet, sich der diskursiven Welle entgegenzustellen. Aber wir müssen die Solidarität erneuern.

Das Problem in unserer Gesellschaft sind nicht Menschen, die unverschuldet arbeitslos geworden sind und die überfordert sind, Termine wahrzunehmen und Schreiben zu beantworten. Viel problematischer ist, dass es Menschen gibt, die sich ihr Leben auch mit Arbeit nicht leisten können und dazu gezwungen sind, aufzustocken. Die neue Reform bringt keine Einsparungen und ignoriert diejenigen, die wirklichen Schaden verursachen: Betrug im Bürger\*innengeld ist nicht ansatzweise zu vergleichen mit dem Schaden, der durch Steuergestaltung und Steuerhinterziehung entsteht. Get your facts straight!

Unsere Position ist eindeutig:

- Arbeitende und Arbeitslose haben überwiegend gemeinsame Interessen. Wir spielen sie nicht gegeneinander aus.
- Um Arbeitnehmer\*innen zu stärken braucht es keinen Angriff auf die Grundsicherung sondern gute Tarifabschlüsse und ein Mindestlohn in Höhe von 15€
- Grundsicherung sondern Gute Tarifabschlüsse und ein Mindestlohn, der armutsfest ist.
- Es braucht eine existenzsichernde und nicht sanktionierbare Grundsicherung, die das soziokulturelle Existenzminimum verbindlich garantiert.
- Wir stellen uns der diskursiven Welle der Entsolidarisierung entgegen und kämpfen weiter für Zusammenhalt derer, die nicht von Kapitalerträgen und Mieteinnahmen leben können

### **Der Konflikt verläuft nicht zwischen dir und dem Haus deiner Oma – sondern zwischen den 95% und den Überreichen**

Wer in Deutschland Vermögen aufbauen will, sollte besser bei der Geburtenlotterie das große Los ziehen. Der Großteil des Vermögens in Deutschland wird nicht mehr erarbeitet, sondern vererbt. Überreiche nutzen für sie geschaffene Schlupflöcher in der Gesetzgebung, um ihre Verantwortung für die Allgemeinheit zu umgehen, und schaffen auf Kosten der Vielen eine neue Klasse der überreichen Erben.

In Bayern gibt es prominente Akteure in der Staatsregierung – namentlich Söder und Aiwanger, die die Erbschaftssteuer wahlweise regionalisieren, reduzieren oder ganz abschaffen wollen. Sie begründen das mit angeblicher Leistungsfeindlichkeit der Erbschaftssteuer. Das Gegenteil ist der Fall: In den meisten Fällen fällt geerbtes Vermögen den Erben ohne eine Leistung zu.

Die SPD hat sich mit dem vorgeschlagenen Erbschaftssteuerkonzept an unseren Forderungen orientiert, das ist prima. Ein hoher Lebensfreibetrag für das Erbe von privatem Vermögen, höhere Freibeträge für Betriebsvermögen und Stundungsmöglichkeiten für die Erbschaftssteuer sind wichtige Ansätze.

Das führt zu mehr Gerechtigkeit. Wir wollen niemandem das Haus seiner Eltern oder seiner Oma wegnehmen. Der Konflikt geht nicht um dein geerbtes Einfamilienhaus. Der Konflikt verläuft zwischen denjenigen, die nichts oder wenig erben und denjenigen, die die riesigen Vermögen von Generation zu Generation weitergeben.

Unser Steuermodell haben wir 2023 auf dem Bundeskongress der Jusos festgelegt. Wir wollen die erste Million steuerfrei, auf die zweite Million 10% Steuer, auf die dritte 30% und so weiter. Keine Sorge, davon profitierst du sogar noch, wenn du ein durchschnittliches Haus am schönen Tegernsee erbst.

Die SPD muss jetzt liefern und die Ankündigungen und Vorschläge zur Erbschaftssteuer auch in reale Politik übersetzen.

Unsere Position ist eindeutig:

- Wir wollen eine Erbschaftssteuer, die die meisten Erben entlastet.
- Wir wollen eine Erbschaftssteuer, die große Erbschaften wesentlich stärker belastet.
- Vermögensaufbau muss wieder stärker durch Arbeit ermöglicht werden.

**Manche Vorschläge sind so absurd, dass man sie fast nicht kommentieren will – aber der Konflikt verläuft weiter zwischen den 95% und den Überreichen**

Vor dem Parteitag der CDU erblickten nahezu täglich absurde Vorschläge das Licht der öffentlichen Debatte. Kosten beim Zahnarzt sollen stärker privat finanziert werden, die Leute sollen weniger in Teilzeit arbeiten oder wenn es nach Söder geht, einfach mal ne Stunde pro Woche dranhängen.

Es erscheint absurd, sich zu diesen Vorschlägen zu äußern. Selbstverständlich kann es nicht sein, dass man Menschen beim Blick auf die Zähne ansieht, ob sie sich den Zahnersatz leisten können oder nicht. Selbstverständlich müssen erstmal die heute schon geleisteten Überstunden bezahlt werden, bevor man einfordert, die Arbeitszeit zu erhöhen. Selbstverständlich muss erstmal die Betreuungsinfrastruktur verbessert werden, um zum Beispiel Frauen und TINA\*-Personen die Vollzeitarbeit zu ermöglichen, die noch immer den Großteil von Sorge- und Erziehungsarbeit leisten.

Selbstverständlich muss erstmal die Betreuungsinfrastruktur verbessert werden, um allen Menschen - auch FLINTA\*, die noch immer den Großteil von Sorge- und Erziehungsarbeit leisten, die Vollzeitarbeit zu ermöglichen.

Und selbstverständlich muss auch diese Sorgearbeit gerecht aufgeteilt und patriarchale Strukturen, die dazu führen, dass Frauen öfter in Teilzeit arbeiten, öfter und länger die Elternzeit in Anspruch nehmen und öfter in Altersarmut abrutschen, aufgebrochen und bekämpft werden.

Unsere Position ist eindeutig:

- Geleistete Arbeit muss bezahlt werden. Es darf keine unbezahlten Überstunden geben.
- Der 8-Stunden-Tag ist nicht verhandelbar. (Wenn wir über Arbeitszeit diskutieren, dann über die 4-Tage-Woche und eine Reduzierung der Arbeitszeit)
- Es muss eine zuverlässige, flächendeckende und bezahlbare (kostenlose?) Betreuungsinfrastruktur geben.
- Carearbeit gehört gerecht aufgeteilt. Strukturen, die das Gegenteil bewirken müssen abgeschafft werden.

Auch wenn es absurd erscheint, dürfen wir nicht müde werden, uns in diesen Konflikten knallhart und stabil zu positionieren. Steter Tropfen höhlt den Stein und wenn wir jetzt schlafen, wachen wir in einem großen neoliberalen Backlash wieder auf. Unser Widerstand gegen den Klassenkampf von oben muss laut, stark und ausdauernd sein.

Wir müssen wieder in die Offensive kommen. Wir müssen aus den Abwehrkämpfen der letzten Jahre lernen. Wir müssen mutig unsere eigenen Konzepte und Argumente nach vorne stellen und die Menschen wieder überzeugen, nicht nur Recht haben und uns selbst bestärken.

## **Der Konflikt arm gegen überreich ist auch ein Kampf zwischen Demokratie und Faschismus**

Es ist ja nicht so, als ob Gerechtigkeit nicht schon Grund genug wäre, sich für einen starken Sozialstaat einzusetzen und den Klassenkampf von oben mit einer starken Position für Umverteilung anzunehmen.

Studien legen nahe, dass die Schere zwischen Arm und Überreich in unserer Gesellschaft immer weiter auseinander klafft und dass das eine der wesentlichen Ursachen des sich verstärkenden Rechtsrucks ist. Die Menschen spüren, dass es enorm ungerecht zugeht und dass für sie immer weniger vom Kuchen übrig bleibt, dass der Druck auf sie höher wird.

Diese Ungerechtigkeitsgefühl müssen wir lösen. Wir lösen es aber nicht wie die Konservativen und Rechten, indem wir nach unten treten und diejenigen gängeln und belasten, die sich nicht wehren können. Die Vorschläge der Union werden es nicht lösen, weil ihre Vorschläge weder individuelle Verbesserungen mit sich bringen noch kollektiv zu mehr Wachstum führen werden.

Wir lösen es nicht, in dem wir die Grundsicherung aushöhlen und wir lösen es nicht, indem wir Stimmung gegen migrantisierte Menschen machen.

Wir richten den Blick nach oben und sagen, die paar wenigen, die einer gerechten Vermögensverteilung entgegenstehen, müssen ihren Beitrag leisten, um Gerechtigkeit als elementaren Pfeiler einer demokratischen Gesellschaft abzusichern.